

den-Enthüllungen war für eine breite Öffentlichkeit nachvollziehbar, dass die Privatheit jedes Einzelnen und damit potenziell auch seine Freiheitschancen massiv beeinträchtigt sind. Der mediale Aufschrei war heftig – und ist verhallt. Auch auf der Ebene der einzelnen Nutzer hat es kaum Verhaltensänderungen gegeben. Die Sozialdemokratie als Bewegung der Aufklärung ist auch gefordert, die massiven Beeinträchtigungen der Digitalisierung für unsere individuelle Freiheit immer wieder bewusst zu machen – um sie produktiv

umzukehren. Und dabei sind die sozialdemokratischen »Klassiker« wie Bildung, Teilhabe und Umverteilung genauso gefragt wie neue Felder etwa im Bereich der Netzneutralität.

Die Sozialdemokratie hat die Industrialisierung gestaltet –, die von ihr entfesselten Kräfte in gesamtgesellschaftlichen Wohlstand und individuelle Freiheit überführt und damit die europäische Moderne geprägt. Es ist ihre Aufgabe, auch die Digitalisierung in mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu übersetzen.



**Christian Krell**

leitet die Akademie für Soziale Demokratie der FES und ist Lehrbeauftragter der Universität Siegen.

*christian.krell@fes.de*

*Alexander Petring / Christian Kellermann*

## **Übergriffe und Überschüsse – sozialdemokratische Politik für einen anderen Alltag**

Weitgehend unabhängig von kurz- oder mittelfristigen Wachstums-, Arbeitslosen- und Beschäftigungszahlen scheint sich in Deutschland in den letzten Jahrzehnten eine neue gesellschaftliche Stimmung festgesetzt zu haben: Die Grundtendenz von Unsicherheit dominiert zunehmend den individuellen und politischen Handlungsimperativ und den Alltag der Bürgerinnen und Bürger. »Angst« steht im Zentrum dieses Phänomens: Angst vor Abstieg, Angst vor Nicht-Aufstieg, Angst vor Krisen, vor (Geld-)Entwertung, vor der Euro-Schmelze, vor der Nichteinlösung des Leistungsversprechens, vor zu viel Individualismus, zu vielen Flüchtlingen, zu viel Gleichstellung, zu hoher Mietsteigerung, ungenügender Vorsorge, digitalen Übergriffen, Altersarmut etc.

Zwei Fragen drängen sich auf: Wie soll die Sozialdemokratie darauf reagieren?

Und damit zusammenhängend, um die erste Frage beantworten zu können: Worin liegen die Ursachen für diese Ängste? Die Frage nach den Ursachen ist nicht zuletzt deshalb alles andere als trivial, weil es den Deutschen anscheinend so gut geht wie lange nicht mehr. Rund zwei Drittel der Deutschen beschreiben ihre wirtschaftliche Situation als gut oder sehr gut. Trotz einer objektiv breiten deutschen Mittelschicht, die in gediegenem Wohlstand lebt, ist das Angstgefühl keine singuläre, sondern eine weite Teile der Gesellschaft erfassende Erscheinung.

Im Schwedischen gibt es zur Unterscheidung von Sicherheit im klassischen, engen Wortsinn und dem weiteren Sinn zwei Wörter: *Säkerhet* bedeutet vor allem Sicherheit und Schutz gegen Gewalt. *Trygghet* meint hingegen Schutz im Sinne von sozialer Sicherheit bis hin zum Ge-

fühl von Geborgenheit und Komfort. Der *Trygghet-Frame* wird derzeit nahezu ausschließlich von der Person Angela Merkel bedient, was – wie wir glauben – unter anderem erklärt, warum die SPD in den mittleren Alterskohorten und relativ unabhängig vom Einkommen deutlich schwächer abschneidet als die Union.

Die SPD müsste an der Sehnsucht der Deutschen nach *Trygghet* ansetzen und ein ganzheitliches Reformversprechen für

*Sehnsucht nach Sicherheit* mehr per *copy&paste* von der Union »asymmetrisch demobilisiert« werden kann. Der

Ausgangspunkt sind die diffusen Ängste, die als gemeinsamen Nenner eine tiefe Furcht vor einem unvereinbaren, prekären, gehetzten, instabilen Leben haben.

Die zentralen Eckpfeiler für ein gutes Leben sind Gesundheit, Familie und Freunde, gute Arbeit, materielle Sicherheit im Alter und ein lebenswertes Wohnumfeld. Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit sind das, was Sozialwissenschaftler als die großen Lebensrisiken bezeichnen. Die Voraussetzungen für individuelles Wohlbefinden sind in den vergangenen Jahren zum Teil massiv unter Druck geraten. Selbst wenn das nicht für jedermann in jeder Hinsicht objektive Realität ist, werden in öffentlichen Debatten permanent drohende Veränderungen in diesen Bereichen beschrieben, durch die die Sicherheit des Status quo in Frage gestellt wird.

Im Bereich der Gesundheitsvorsorge und -versicherung wird seit Jahrzehnten ein zunehmender Trend zur Zwei-Klassen-Medizin wahrgenommen. Verschärft wird diese Debatte dadurch, dass die Möglichkeit der Rationierung bestimmter Gesundheitsleistungen (wenn etwa Philipp Mißfelder 85-Jährigen künstliche Hüftgelenke verwehren will) im Raum steht. Die Pflege im Alter bereitet vielen Menschen Ängste – sowohl den (potenziell) Pflegebedürftigen als auch den Angehörigen. Und auf die Spitze getrieben wird die Verun-

sicherung seit einigen Monaten durch erste Rabattangebote von Gesundheitskassen, die im Tausch gegen die überwachte Selbstoptimierung in Form von Bewegungs-Apps auf Handys, digital vernetzten Zahnbürsten oder gesundheitsförderlichen Konsumentscheidungen von Lebensmitteln gewährt werden.

Auch die Alterssicherung ist durch ständige Reformen und Reformdebatten zusehends von Unsicherheit geprägt. Neben den Dramatisierungen der demografischen Entwicklung, die eher nach einem plötzlichen Kometeneinschlag klingen und weniger nach einem, sich über Jahrzehnte vollziehenden, Veränderungsprozess mit vielen Variablen, haben zuletzt die schwindenden Ertragsaussichten bei privaten Vorsorgeplänen auch in der gehobenen Mittelschicht für wachsende Verunsicherung gesorgt.

Auch die Arbeitswelt befindet sich inmitten eines tiefgreifenden Transformationsprozesses. Seit den 90er Jahren gehören Verlagerungen von Produktionsstandorten in einigen Branchen zur Normalität. Die Krisenberichterstattung zur Lage in Europa, in Verbindung mit Erfolgsmeldungen aus Staaten wie China, tragen ebenfalls zum beständigen Hintergrundrauschen bei, das für Verunsicherung sorgt. Diese Grunderschütterung wird von Veränderungen im konkreten Arbeitsalltag begleitet. Die rapiden Fortschritte bei Computerisierung und Digitalisierung führen zu kürzeren Halbwertszeiten von Wissen, zur Erosion von Arbeitnehmerrechten, zur Globalisierung der Konkurrenz der Arbeitnehmer untereinander (*Crowdsourcing*), zur digitalen Prekarisierung (*Clickworker*), zur digitalen Entgrenzung, zu sinkenden Lohnquoten (weil die digitale Intelligenz zunehmend auch die gut Gebildeten überflüssig macht). Kürzere Zeithorizonte sind der generelle Rahmen für viele neue Beschäftigungsverhältnisse: befristete Beschäftigung und Leiharbeit erschweren eine mittel- oder gar langfristige Planung des

geografischen Lebensmittelpunktes oder machen sie gar unmöglich.

Die steigenden Mietpreise in den deutschen Großstädten, immer weiter zunehmende soziale Schichtung und Schließung von Stadtteilen und damit einhergehende Verdrängungseffekte derjenigen, die die entsprechenden Mieten und Preise nicht aufbringen können, sind ebenfalls mittlerweile prominent in der öffentlichen Diskussion angekommen («Gentrifizierung»). In der Realität haben die meisten diese Veränderungen ohnehin schon hautnah erlebt: in der Familie, im Freundes- oder Bekanntenkreis oder am eigenen Leib.

Familie und Freunde brauchen vor allem Zeit. Die Qualität freier Zeit leidet zunehmend unter der permanenten Erreichbarkeit, Flexibilitätserwartungen und Mobilitätsanforderungen. Ebenso problematisch ist die Einschränkung der potenziell freien Zeit durch schlechter werdende Infrastruktur (öffentliche Verkehrsmittel, Staus). Für Familien ist Zugang zu und Qualität von Kinderbetreuung und Schulen eine zentrale Sorge. Die seit Jahren wachsende Zahl von Privatschulen, privaten Nachhilfestunden und (vorgetäuschten) Wohnortwechseln in Stadtteile mit Schulen besseren Rufs sind Ausdruck eines Vertrauensverlustes in existierende Strukturen.

In der Summe führen diese Herausforderungen zu einem Gefühl von Unsicherheit und fordern permanente Anpassungsfähigkeit und -bereitschaft. Heinz Bude fasste das in seinem jüngst erschienen Buch über die *Gesellschaft der Angst* so zusammen, dass wir heute einen Wechsel im gesellschaftlichen Integrationsmodus vom Aufstiegsversprechen zur Exklusionsdrohung erleben. Das Festkralle an wenigen verbliebenen Konstanten und eine reflexhafte »Konformität« ist die wenig verblüffende Reaktion hierauf. Der Einzelne ist in seinem Alltag ohnmächtig. Der Zeitgeist ist der des selbstoptimierenden Ich-Unternehmers in der *High-Frequency-Cloud* oder

– am anderen Ende – der des Abgehängten, der aufgegeben und sich von der Politik abgewendet hat. Zu erkennen, was nicht funktioniert, was überfordert, was sich ändern müsste für ein besseres Leben, ist durchaus möglich und wird bisweilen auch artikuliert. Aber es fehlt die Perspektive dafür, die mehrheitsfähige politische Kraft.

Für nicht wenige der Ursachen dieser Verunsicherung und Angst hat die Sozialdemokratie bereits programmatische Antworten parat, die zum Teil in den letzten Jahren umgesetzt wurden oder Bestandteil des Programms sind. Die Bürgerversicherung in der Gesundheitspolitik wäre z.B. ein wirksames Mittel gegen die Zwei-Klassen-Medizin, Mindestlohn und Mietpreisbremse sind sinnvolle und notwendige Versuche, neue Schutzdämme auf den Arbeits- und Immobilienmärkten zu errichten, die ökologisch und ökonomisch ausbalancierte Energiewende ist eine Antwort auf die Nachhaltigkeitsfrage, ohne dabei die soziale Dimension aus den Augen zu verlieren. Die sozialdemokratische Arbeit an einem neuen Wachstumsbegriff hat das Zeug, die Wirtschaftspolitik insgesamt zu modernisieren. Mit neuen, stärker qualitativ (d.h. auch am Alltag der Menschen) ausgerichteten Zielen und Indikatoren wird ein umfassender Nachhaltigkeitsbegriff eingeführt: (1) materieller Wohlstand und ökonomische Nachhaltigkeit, (2) Nachhaltigkeit der Staatstätigkeit und Staatsfinanzen, (3) soziale Nachhaltigkeit und (4) ökologische Nachhaltigkeit.

Ebenso ernst zu nehmen sind die drohenden oder bereits erfolgenden digitalen Übergriffe in den Alltag. Dabei ist der politische Ansatzpunkt gegen die um sich greifenden Zwänge zur Selbstoptimierung nicht immer dort zu suchen, wo die Daten anfallen. In vielen Fällen gilt es vielmehr die Bereiche zu identifizieren, an denen die Verwendung solcher Daten untersagt werden muss – beispielsweise bei der Ausgestaltung von Krankenkassentarifen. Ei-

ne liberale Gesellschaft muss vielfältige Lebensweisen nicht nur tolerieren – sie sollte sie begrüßen und fördern. Der wirksamste Schutz gegen die zwanghafte individuelle Selbstoptimierung sind kollektive und solidarische Sicherungssysteme, die keine Gesinnungstests beinhalten, sondern auf die alle den gleichen, unumstößlichen Rechtsanspruch besitzen. Das muss für Gesundheit und Rente auch weiterhin gelten. Konkret: Ärzten könnten Gesundheitsdaten helfen, Ursachen für Krankheiten zu erkennen. Die individuelle Gestaltung der Beiträge von gesetzlichen Krankenversicherungen hingegen (nach Risiko, Geschlecht oder vermeintlichem Wohlverhalten) ist bereits heute untersagt und muss es auch zukünftig bleiben.

Grundsätzlich sollte das Ziel sein, die Verfügungsgewalt über personenbezogene Daten stärker den Bürgerinnen und Bürgern zuzusprechen. Es wäre darüber nachzudenken, den Weiterverkauf von Daten an viel striktere Bedingungen zu knüpfen, so dass beispielsweise pauschale Einwilligungen nicht mehr ausreichen. Damit wäre zumindest ein erster, kleiner Schritt zu mehr Datenautonomie getan. Um das Vertrauen in staatliche Behörden und Ämter zu stärken, sollte für diese das vollständige Verbot des Verkaufs von personenbezogenen Daten in Erwägung gezogen werden. Umgekehrt würde dann auch die Bereitschaft steigen, die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung weiter voranzutreiben. Und beim Vertrauensverlust in den Staat ist es unvermeidlich, Kontrolle und Kompetenzen der Geheimdienste ernsthaft zu überdenken.

Es gilt also, im Arbeits- und Privatleben die Übergriffe zurückzudrängen und gleichzeitig Fortschritt zu ermöglichen. Die Allianz von Gewerkschaften und Sozialdemokratie hat in Europa die zerstörerischen Kräfte der ersten kapitalistischen Transformation erfolgreich kanalisiert: Arbeitnehmerrechte, Mitbestimmung und Wohlfahrtsstaat. Nun geht es darum, die ge-

sellschaftlichen Rahmenbedingungen für *Trygghet* im 21. Jahrhundert zu formulieren.

Die einzelnen programmatischen Elemente sind jedoch – auch in ihrer Summe – nicht ausreichend. Die SPD hat ihren Charakter *Ein anderer Alltag* als Programmpartei in der Vergangenheit immer wieder bewiesen und auch gegenwärtig steht diese Eigenschaft außer Frage. Die Herausforderung liegt vielmehr darin, die Einzelmaßnahmen in eine kohärente Erzählung einzubetten.

Angesichts des beschriebenen gesellschaftlichen Klimas ist das keine leichte Aufgabe. Die Antwort der Kanzlerin auf die Ängste ist bekannt. Sie besteht in unterschiedlichen Varianten des immer gleich inhaltsleeren Beruhigungsmantras: »Sie kennen mich.« Man kann dem mit dem Versuch begegnen, die Menschen aufzurütteln und ihnen zu erklären, von welchen Problemen und Herausforderungen sie tatsächlich umgeben sind. Das Problem dabei ist, dass die akute Krise entweder noch nicht eingetreten ist oder die Wahrheit, die von vielen ohnehin bereits geahnt wird, lieber unausgesprochen bleibt. Verantwortung wird gerne delegiert, der Rest ignoriert oder zumindest verdrängt. Dieses Verhalten ist allzu menschlich.

Doch wie begegnet man dem? Die Sozialdemokratie sollte hinsichtlich der Kommunikation mit den (potenziellen) Wählerinnen und Wählern ihr Menschenbild ernst nehmen. Thomas Meyer beschrieb es einmal in dieser Zeitschrift treffend als das eines sich selbst aufklärenden Menschen, der sich, seine Lebensverhältnisse, seine Arbeit, die Gesellschaft und den Staat zum Besseren richtet. Das bedeutet zweierlei. Erstens sind keine Belehrungen darüber sinnvoll, wie es um die Gegenwart bestellt ist. Es braucht keine bevormundenden Interpretationen des Status quo. Zweitens sollte die SPD eine klare Beschreibung dessen bieten, was sie anstrebt, wie die sozialdemokratische Vision eines anderen All-

tags aussehen soll. Diese Aussicht muss inhaltlich als Alternative zur Gegenwart erkennbar sein und damit implizit eine Antwort auf die Selbstoptimierung als einzige, verzweifelte Erwidern auf Alltagszwänge, auf strukturelle Fremdbestimmung und individuelle Ohnmacht bieten.

Vor allem aber sollte dies in aller Deutlichkeit als Alternative formuliert und kommuniziert werden. Letzteres beinhaltet in der Konsequenz auch, dass man sich durchaus gegen diesen sozialdemokratischen Vorschlag entscheiden kann. Dennoch täte sich damit die SPD nicht nur selber, sondern auch der Demokratie in Deutschland einen Gefallen. Denn demokratische Politik besteht genau darin: selbstbewusst eine klare Alternative anzubieten, einen Streit um die Konturen der zukünftigen Gesellschaft zu führen.

Vor diesem Hintergrund gewinnt auch der Begriff des Lagerwahlkampfes seine Bedeutung. Es geht nicht darum, sich durch die Radikalität von Einzelmaßnahmen

von politischen Konkurrenten abzuheben. Die SPD als linke Mittepartei hat sich in ihrer Vergangenheit aus guten Gründen immer immun gegenüber radikalen Versuchen gezeigt. Das bedeutet jedoch im Umkehrschluss nicht, dass die progressive Vorstellung einer offenen, in allen Belangen emanzipierten Gesellschaft mit Aufstiegschancen und starkem sozialem Ausgleich sich nicht fundamental von konservativen Stillstandsexperimenten unterscheiden würde. Je klarer die Alternativen hervortreten, umso einfacher ist Mobilisierung und Wahlkampf. Vor diesem Hintergrund muss auch die AfD kein Anlass zur Sorge sein. Die Vorstellungen dieser Partei sind ohnehin nicht mit denen der SPD kompatibel – soll sich ruhig die CDU der Frage widmen, ob diese für sie als Koalitionspartner in Frage kommt. Die unterschiedlichen Vorstellungen von einer guten Gesellschaft zwischen CDU und SPD würden dadurch nur noch deutlicher hervortreten.



**Alexander Petring**

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

[petring@wzb.eu](mailto:petring@wzb.eu)



**Christian Kellermann**

ist Politökonom und Mitarbeiter beim SPD-Parteivorstand in Berlin.

[christian.kellermann@spd.de](mailto:christian.kellermann@spd.de)

*Gero Maass*

## Nordic Model 2030 – Erosion oder Erneuerung?

Die nordischen Länder mit ihren kleinen exportorientierten Volkswirtschaften, gut entwickelten Wohlfahrtsstaaten und organisierten Arbeitsmärkten sind mit ihrem *Nordic Model* immer wieder Orientierungspunkt für die soziale Demokratie oder abschreckendes Beispiel für neoliberale Parteigänger. Letztere verweisen dann auf einen übertrieben großen öffentlichen Sektor, übermäßige Steuersätze, starre Arbeitsmärkte oder Gewerkschaften, die über

Tarifpolitik und (staatliche) Regulierung übermächtig Einfluss hätten.

In den 90er Jahren sind die nordischen Länder – allen voran Schweden – durch eine tiefe Wirtschaftskrise gegangen. Viele hatten sie schon abgeschrieben: Der Economist rief 2006 das Ende eines weiteren europäischen Traumes aus: *Farewell, Nordic Model*. Indes – Totgesagte leben bekanntlich länger: Es folgte eine Phase der ökonomischen Erholung, die mit einer Renais-